



# Impulse für eine EU-USA Rohstoffpartnerschaft

DIHK Ideenpapier

**DIHK**

Deutsche  
Industrie- und Handelskammer

 **GemeinsamWeltweit**

## Impressum

### Deutsche Industrie- und Handelskammer

Breite Straße 29  
D-10178 Berlin  
Telefon +49 30 20308 0  
E-Mail [info@dihk.de](mailto:info@dihk.de)

### DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

**Redaktion:** Phillip Flore, Klemens Kober, Paul Meyer, DIHK

**Grafik:** Sebastian Titze, DIHK

**Stand:** Mai 2026

# DIHK Ideenpapier – Impulse für eine EU-USA Rohstoffpartnerschaft

Die zuverlässige Versorgung mit kritischen Rohstoffen – zentral für zahlreiche Wirtschaftszweige, insbesondere für Zukunftstechnologien und die Verteidigungswirtschaft – entwickelt sich zu einer Schlüsselfrage für deutsche Unternehmen. Die EU ist in hohem Maße auf sichere, bezahlbare und nachhaltige Rohstoffimporte angewiesen. Diese Herausforderung teilt Europa mit den USA. Die Vereinigten Staaten importieren 21 mineralische Rohstoffe überwiegend aus China, darunter über 70 Prozent des amerikanischen Bedarfs an Seltenen Erden. Auch Deutschland und Europa sind stark von wenigen Lieferanten für kritische Rohstoffe abhängig – vor allem aus China.

Um Abhängigkeiten zu verringern und resiliente Lieferketten aufzubauen, verfolgen die USA eine konsequente, umfänglich finanzierte und offensiv ausgerichtete Rohstoffpolitik. Staatliche Förderprogramme, staatliche Lagerhaltung und direkte Investitionen sollen weltweit den Zugang zu kritischen Rohstoffen sichern. Durch diese industriepolitischen Maßnahmen der USA wächst gleichzeitig der Druck auf die EU, im globalen Wettbewerb um Rohstoffe nicht ins Hintertreffen zu geraten. Zwar bestehen mit dem Critical Raw Materials Act (CRMA), ReSourceEU oder nationalen Programmen wie dem Rohstofffonds der Bundesregierung schon Instrumente und Prozesse zur besseren Rohstoffversorgung, doch kommen die vorgesehenen Verfahrensvereinfachungen und Finanzierungsmöglichkeiten bisher in der Praxis kaum an. Auch der Europäische Rechnungshof bemängelt in einem Sonderbericht zur Rohstoffversorgung und den Maßnahmen der EU, dass viele der Vorhaben der EU-Kommission an der eigenen Bürokratie und Zielkonflikten scheitern.<sup>1</sup>

Vor diesem Hintergrund kann die am 24. April 2026 unterzeichnete Rohstoffpartnerschaft der EU mit den USA wichtige Chancen bieten. Ziel dieser Initiative sind koordinierte Handelsmaßnahmen, darunter grenzausgeglichene Preisuntergrenzen, standardbasierte Märkte, Preisdifferenzsubventionen oder Abnahmevereinbarungen. Eine strategische transatlantische Zusammenarbeit in diesen Bereichen könnte für die europäische Wirtschaft wichtige Verbesserungen bringen. Jedoch ist die transatlantische Partnerschaft zuletzt in Folge der aggressiven US-Handelspolitik unter Druck geraten. Wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen von US-Seite, insbesondere im Zuge der Grönland-Krise, haben das Verhältnis stark getrübt und die Verlässlichkeit der USA in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb ist darauf zu achten, dass eine neue EU-US-Rohstoffpartnerschaft keine neuen Abhängigkeiten für Europa schafft.

Der im Rahmen der Unterzeichnung angekündigte Aktionsplan sollte folgende Impulse berücksichtigen:

## Partnerschaft auf Augenhöhe

Eine transatlantische Rohstoffpartnerschaft muss gleichberechtigt ausgestaltet sein. Europäische und US-Unternehmen benötigen diskriminierungsfreien Zugang zu Lieferverträgen, Projekten und Finanzierungen. Einseitige Bevorzugungen von US-Unternehmen dürfen weder deutsche noch europäische Anbieter benachteiligen. Dies gilt für Abnahmeverträgen ebenso für die öffentliche Beschaffung. Notwendig sind verbindliche, transparente und für beide Seiten einheitliche Rahmenbedingungen – von Vergabe- und Zugangskriterien über Nachhaltigkeits- und Sorgfaltspflichten bis hin zu Finanzierungs- und Beihilferegeln.

Die Bundesregierung sollte dabei konsequent europäisch agieren, um als Teil einer geeinten EU mit starker Stimme aufzutreten und verlässliche Markt- und Investitionschancen für die europäische Industrie zu sichern. Handels- und Schutzinstrumente (z. B. gegen unfaire Subventionen oder wirtschaftlichen Zwang) können in EU-US bilateralen und plurilateralen Formaten koordiniert werden. Gleichzeitig muss die EU weiter ihre handelspolitische Autonomie wahren. Eine automatische oder erzwungene Übernahme von US-Beschränkungen, Zöllen oder Handelsschutzmaßnahmen durch die EU darf nicht Teil einer Einigung sein – entsprechende Entscheidungen müssen eigenständig, rechtsstaatlich und interessengeleitet auf EU-Ebene erfolgen.

## Rohstoffpartnerschaft mit konkreten Projekten unterlegen

Eine funktionierende Partnerschaft braucht eine klare Pipeline konkreter, industriegetriebener Projekte. Viele deutsche Unternehmen investieren bereits in den USA und stärken dort die Resilienz der Lieferketten. Diese Projekte sollten

---

<sup>1</sup> [Special report 04/2026: Critical raw materials for the energy transition | European Court of Auditors](#)

gezielt gefördert und politisch flankiert werden. Gleichzeitig müssen auch europäische Vorhaben gleichwertig unterstützt werden.

Ein Schwerpunkt sollte auf dem Aufbau von Verarbeitungskapazitäten in alternativen Märkten zu China liegen – etwa bei Trennung und Raffination von Seltenen Erden, Batterie- und Verteidigungsrohstoffen sowie im Recycling. Dadurch entstehen Markt- und Technologiechancen für Unternehmen beider Seiten und zugleich robuste Lieferketten gegenüber geopolitischen Risiken.

### **Preisflure als Ultima ratio**

Preisuntergrenzen sollten ausschließlich für sicherheitsrelevante Rohstoffe gelten, bei denen der Staat selbst als Endkunde auftritt. Für andere kritische Rohstoffe dürfen sie nur als ultima ratio eingesetzt werden. Zwar erhöhen Preisflure die Planungssicherheit für neue Projekte, führen aber zunächst zu höheren Beschaffungskosten, ohne das weltweite Angebot kurzfristig zu vergrößern. Vorrangig sollten daher die regulatorischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den USA und Europa verbessert werden.

### **Gemeinsame Finanzierung & Investitionsvereinfachungen**

Eine belastbare Rohstoffpartnerschaft erfordert eine gemeinsame Finanzierungsarchitektur und vereinfachte Investitionsbedingungen. Deutsche und europäische Instrumente (z. B. der Rohstofffonds der Bundesregierung, ReSourceEU, Global Gateway, Rohstoffkredite) sollten gebündelt, für transatlantische Co-Investments geöffnet und mit US-Initiativen wie „Project Vault“ oder FORGE verknüpft werden. Auch US-Instrumente der EXIM-Bank, dem US-Energieministerium (Department of Energy) oder dem Defense Production Act sollten, wo möglich, geöffnet werden. Ziel ist ein gemeinsames Finanzierungsangebot entlang der gesamten Wertschöpfung – von der Exploration über den Abbau, und die Raffination bis hin zum Recycling.

Kernbausteine sollte ein transatlantischer Projekt-Pipeline-Mechanismus mit digitalem „OneStopCoFinance Desk“, gegenseitige Anerkennung gleichwertiger ESG, Sorgfalts- und Berichtspflichten zur Vermeidung von Doppelprüfungen, sowie Risikogarantien sein. Ergänzend braucht es beschleunigte, planbare Genehmigungsverfahren für strategische Projekte, einheitliche Dokumentationsstandards und unbürokratische Zugänge für Konsortien aus Mittelstand und Großunternehmen. Die gemeinsame Finanzierung von Projekten in Drittstaaten sollte ermöglicht und industriepolitische Maßnahmen koordiniert werden. In Drittstaaten wie z.B. Australien, Brasilien oder Kanada sollten die EU und USA (und weitere Partner) ihre Aktivitäten bündeln und lokale Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Transparenz als gemeinsame Leitplanken setzen.

### **Eine vertiefte Zusammenarbeit in Forschung, Recycling und geologischer Erkundung**

Für langfristige Versorgungssicherheit braucht es eine abgestimmte transatlantische Forschungs- und Innovationsagenda – für Explorationstechnologien, effiziente Trenn- und Raffinationsprozesse, Materialsubstitution und Kreislaufwirtschaft. Zudem sollte eine engere Zusammenarbeit der geologischen Dienste geprüft und vorangetrieben werden, einschließlich Datenaustausch, Analysen und Risikoberichten.

### **WTO-konforme Partnerschaft**

Die Rohstoffpartnerschaft sollte strikt im Einklang mit dem WTO-Regelwerk stehen. Innerhalb der Partnerschaft dürfen keine Exportbeschränkungen oder neuen nichttarifären Hemmnisse entstehen. Notwendig sind Transparenz und strukturierte Konsultationsmechanismen. Legitime Ausnahmen – etwa aus Gründen der nationalen Sicherheit oder bei akuten Engpässen – müssen eng definiert, verhältnismäßig und zeitlich befristet sein. Aufbauend auf dem EU-US-Rahmenabkommen vom 21. August 2025 sollte zudem eine Nullzollregelung für alle kritischen Rohstoffe und Zwischenprodukte angestrebt werden. Darüber hinaus sollten sich beide Seiten innerhalb der WTO sowie in bilateralen Verhandlungen dafür einsetzen, dass Exportrestriktionen insbesondere im Rohstoff- und Energiebereich nicht für wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen angewandt werden.

### **Plurilaterale Initiative begrüßen**

Eine plurilaterale Initiative für kritische Rohstoffe, wie das von den USA vorangetriebene *Agreement on Trade in Critical Minerals* (ATCM), sollte von EU und Deutschland aktiv mitgestaltet werden. Eine sichere Versorgung gelingt nur mit verlässlichen Partnern. Voraussetzung ist jedoch WTO-Konformität, Nichtdiskriminierung und die Wahrung der handelspolitischen Autonomie der EU. Die Einbindung bestehender Rohstoffpartnerschaften kann zudem einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur Diversifizierung von Lieferketten leisten.

## Wer wir sind:

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein. Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zum Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Grundlage unserer Stellungnahmen sind die wirtschaftspolitischen Positionen und beschlossenen Positionspapiere der DIHK unter Berücksichtigung der DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKs und ihrer Mitgliedsunternehmen.

Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der 150 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 92 Ländern.